

Niederschrift



Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim am Mittwoch, 11.01.2017, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	2/2017
Nr.	1/2017

Anwesende

Vorsitzender

Wirtz, Hans-Dieter CDU-Fraktion

Mitglieder

Breuer, Paul fraktionslos
Brief, Rolf UWG/Forum-Fraktion
Feldenkirchen, Hans Gerd UWG/Forum-Fraktion
Gesell, Andrea Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Geuer, Theo CDU-Fraktion
Günther, Jann SPD-Fraktion
Hanft, Wilfried SPD-Fraktion
Kleinekathöfer, Ute SPD-Fraktion
Knapstein, Günter CDU-Fraktion
Krüger, Frank W. SPD-Fraktion
Lamprichs, Holger CDU-Fraktion
Prinz, Rüdiger CDU-Fraktion
Roitzheim, Frank SPD-Fraktion
Schulz, Heinz-Peter Fraktion-DIE LINKE
Schwarz, Wolfgang CDU-Fraktion
Stadler, Harald SPD-Fraktion
Velten, Konrad CDU-Fraktion ab TOP 8 tw.
Wehrend, Lutz CDU-Fraktion

stv. Mitglieder

Freynick, Jörn FDP-Fraktion
Heller, Petra CDU-Fraktion
Hochgartz, Markus Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Marx, Bernd CDU-Fraktion bis TOP 8 tw.
Strauff, Bernhard CDU-Fraktion

stv. beratende Mitglieder

Will, Madeleine Dr. Seniorenbeirat

Verwaltungsvertreter

Cugaly, Ralf
Erl, Andreas
Eul, Christa
Meskes-Außem, Marita
Richter, Christine
Schier, Manfred Erster Beigeordneter
Seipel, Werner

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Bertram, Martin	CDU-Fraktion
Keils, Ewald	CDU-Fraktion
Liebeskind, Annette	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Schüller, Alexander	FDP-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 66/2016 vom 02.11.2016 und 73/2016 vom 23.11.2016	
5	Überprüfung und Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes; Beschluss zur Umsetzung	652/2016-7
6	Radweg entlang der L 300 von Widdig bis Hersel (Bürgeradweg)	660/2016-7
7	Straßenbauprogramm 2017 - 2021	419/2016-9
8	Beratung des Haushaltes 2017/2018 in den Fachausschüssen	783/2016-2
9	Mitteilung betr. Bauantrag zur Errichtung eines Stellrechnergebäudes	011/2017-6
10	Mitteilung betr. Bauantrag zur Errichtung eines Regenwassersammelbeckens	013/2017-6
11	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	050/2017-1
12	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Hans-Dieter Wirtz eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Stadtentwicklung beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1-12.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.		
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.		
3	Einwohnerfragestunde	
Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.		

4	Entgegennahme der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 66/2016 vom 02.11.2016 und 73/2016 vom 23.11.2016	
----------	---	--

Der Ausschuss für Stadtentwicklung erhebt gegen den Inhalt der Niederschriften über die Sitzungen Nr. 66/2016 vom 02.11.2016 und Nr.73/2016 vom 23.11.2016 keine Einwände.

5	Überprüfung und Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes; Beschluss zur Umsetzung	652/2016-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. das Radverkehrskonzept als Grundlage für den weiteren Ausbau des Radwegenetzes
2. die Einrichtung eines Arbeitskreises Radverkehr zur Beratung der umzusetzenden Maßnahmen aus dem Konzept,
3. die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen in die Haushaltsplanberatungen zu verweisen.

- Einstimmig -

6	Radweg entlang der L 300 von Widdig bis Hersel (Bürgerradweg)	660/2016-7
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt,

1. die Realisierung einer verkürzten Variante des Bürgerradwegs zwischen der Richard-Piel-Straße in Hersel und der Germanenstraße in Widdig und
2. die unverzügliche Aufnahme des Teilstücks zwischen Stadtgrenze in Widdig und Germanenstraße in Widdig in das reguläre Arbeitsprogramm des Landesbetriebes zu beantragen.

- Einstimmig -

bei 1 Stimmenthaltung (FDP)

7	Straßenbauprogramm 2017 - 2021	419/2016-9
----------	---------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

1. nimmt das als Anlage beigefügte Straßenbauprogramm zur Kenntnis und
2. beauftragt die Verwaltung, das Straßenbauprogramm nach Beratung der offenen Haushaltsanträge anzupassen und dieses dem Ausschuss zeitnah vorzulegen.

- Einstimmig -

Abgelehnte und erledigte Anträge

Fraktion	Nr.	Produkt- gruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschluss- entwürfe der Verwaltung
FDP	8	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	79	Antrag: Veräußerung des Gebäudes Rheinhalle.
				03 Stimmen für den Antrag (FDP, UWG) 19 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, B90/Grüne tw., LINKE, Breuer) 01 Stimmenthaltung (B90/Grüne tw.)
FDP	11	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	83	Antrag: Keine kostenfreie Vermietung städtischer Räumlichkeiten an Parteien.
				03 Stimmen für den Antrag (FDP, B90/Grüne tw., Breuer) 19 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, UWG, LINKE) 01 Stimmenthaltung (B90/Grüne tw.)
FDP	13	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	90	Antrag: FGH Roisdorf: Umbau Sanitäranlagen streichen .
				01 Stimme für den Antrag (FDP) 22 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, UWG, B90/Grüne, LINKE, Breuer)

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
FDP	26	1.12.02 Straßenbau	282	Antrag: Erhaltungsaufwand für die Verkehrsinfrastruktur auf 0,75 €/ m ² erhöhen.
				03 Stimmen für den Antrag (FDP, UWG) 20 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, B90/Grüne, LINKE, Breuer)
CDU	21	1.12.02 Straßenbau	288	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbaumaßnahme Dorfplatz Hemmerich (nur Befestigung der Schotterfläche ohne Ausbau der Kreuzbergstraße) im Jahr 2018 wieder mit investiven Mitteln i.H. v. 110.000 € in das Straßenausbauprogramm aufzunehmen.
				10 Stimmen für den Antrag (CDU) 13 Stimmen gegen den Antrag (SPD, UWG, B90/Grüne, FDP, LINKE, Breuer)
CDU	22	1.12.02 Straßenbau	288	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bürgerradweg im Jahr 2017 Planungskosten einzuplanen und weitere Gespräche mit dem Landesbetrieb Straßen zu führen.
				Der Antrag ist erledigt durch die Beschlussfassung zu TOP 6
SPD	2. 6	1.12.02 Straßenbau	288	Antrag: K 33 N (Sechtem): Planung in 2019, 130.000 €
				08 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG tw., LINKE) 13 Stimmen gegen den Antrag (CDU tw., B90/Grüne, FDP, Breuer) 02 Stimmenthaltungen (UWG tw., CDU tw.,)
CDU	12	1.12.02 Straßenbau	289	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushaltsansätze Parkraumbewirtschaftung ersatzlos zu streichen.
				Ist erledigt.

Fraktion	Nr.	Produkt- gruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschluss- entwürfe der Verwaltung
CDU	13	1.12.02 Straßenbau	295	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für den Ausbau der Domhofstraße in das Jahr 2019 zu verschieben.
				10 Stimmen für den Antrag (CDU) 10 Stimmen gegen den Antrag (SPD, UWG, FDP, LINKE, Breuer) 02 Stimmenthaltungen (B90/Grüne)
FDP	27	1.12.02 Straßenbau	299	Antrag: Maßnahme Feldchenweg streichen.
				01 Stimme für den Antrag (FDP) 22 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, UWG, B90/Grüne, LINKE, Breuer)
FDP	28	1.12.02 Straßenbau	302	Antrag: Maßnahmen aus Projekt Grünes C streichen
				01 Stimme für den Antrag (FDP) 22 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, UWG, B90/Grüne, LINKE, Breuer)
DIE LINKE	10	1.12.02 Straßenbau	302	Antrag: Streichung der Mittel für 'Grünes C' und 'Masterplan'. Ist erledigt..
DIE LINKE	11	1.12.02 Straßenbau	304	Antrag: Sperrvermerk für Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept. Ist erledigt.
FDP	32	1.12.02 Straßenbau	309	Antrag: Maßnahme Kreisverkehr streichen.

Fraktion	Nr.	Produkt- gruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschluss- entwürfe der Verwaltung
CDU	18	1.12.02 Straßenbau	309	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, den Kreisverkehr Bonner Straße / Herseler Straße / Siegesstraße ersatzlos zu streichen. Die Anträge werden zusammengefasst. .
				11 Stimmen für den Antrag (CDU, FDP) 11 Stimmen gegen den Antrag (SPD, UWG, B90/Grüne, LINKE) 01 Stimmenthaltung (Breuer)
FDP	33	1.12.02 Straßenbau	312	Antrag: Maßnahme Uedorfer Weg streichen.
				Ist erledigt.
FDP	34	1.12.02 Straßenbau	313	Antrag: Maßnahme Radweg Bornheim-Alfter- Bonn streichen..
DIE LINKE	13	1.12.02 Straßenbau	313	Antrag: Streichung der Mittel für Radweg Bornheim-Alfter- Bonn. Die Anträge werden zusammengefasst.
				02 Stimmen für den Antrag (FDP, LINKE) 21 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, UWG, B90/Grüne, Breuer)
SPD	2. 11	1.12.02 Straßenbau	314	Antrag: Geh- und Radweg Zweigrabenweg: Verschiebung in 2020/2021.
				08 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG) 14 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B90/Grüne, FDP, Breuer) 01 Stimmenthaltung (LINKE)

Fraktion	Nr.	Produkt- gruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschluss- entwürfe der Verwaltung
Grüne	20	1.12.02 Straßenbau	326	Antrag: Händelstraße / Friedhof Merten (Me 10) streichen
				Der Antrag wird zurückgezogen.
SPD	2. 4	1.12.02 Straßenbau	326	Antrag: Händelstraße/Brüsseler Straße: Priorität 2 und Verschiebung in 2021
				08 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG tw., LINKE) 12 Stimmen gegen den Antrag (CDU tw., B90/Grüne, FDP, Breuer) 03 Stimmenthaltungen (CDU tw., UWG tw., Breuer)
FDP	36	1.12.02 Straßenbau	329	Antrag: Maßnahme Bayerstraße streichen
				01 Stimme für den Antrag (FDP) 22 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, UWG, B90/Grüne, LINKE, Breuer)
SPD	2. 3	1.12.02 Straßenbau	333	Antrag: Haasbachstraße: Priorität 3 und Folgejahr 2021.
				Der Antrag wird zurückgezogen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Anfragen und Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2017 / 2018 und die Antworten bzw. Stellungnahmen der Verwaltung hierzu zur Kenntnis.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss für Stadtentwicklung die verwaltungsseitigen Änderungen der Haushaltsansätze des Haushaltsplanentwurfes 2017/2018 zur Kenntnis und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgende Änderungen:

-Einstimmig-
bei 1 Stimmenthaltung (Breuer)

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
FDP	9	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	81	<p>Antrag: Erhöhung des Verhältnisses von Erhaltungsaufwand zu Gebäudeneuwert auf 1,2% und Darstellung der zur Erreichung dieses Ziels notwendigen Stellen im Stellenplan.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Stadt Bornheim investiert bereits seit Jahren intensiv in die Erhaltung ihrer Gebäude und die Sanierung städtischer Objekte. Dabei sind jedoch die Maßnahmen etwa die Gesamtanierung der Grundschule Waldorf nicht berücksichtigt, weil sie aus haushaltstechnischen Gründen Investitionen sind. Tatsächlich ist in den Aufwendungen von 5 Millionen auch ein großer Teil Erhaltungsaufwand enthalten. Dies ist auch in Hersel so erfolgt und wird wahrscheinlich auch bei weiteren Maßnahmen (Turnhalle Europaschule, Erweiterung Europaschule sowie Heinrich-Böll-Sekundarschule) so erfolgen.</p> <p>Im Hinblick auf die vorgenannten Maßnahmen und die Projektmittel „Gute Schule“ und ihre Umsetzung sollte auf eine Aufstockung des pauschalen Erhaltungsaufwandes verzichtet werden.</p> <p>Der Umfang der Stellenerhöhung orientiert sich an der prozentualen Erhöhung der Bauunterhaltungsaufwendungen und würde mindestens die Aufstockung um eine zusätzliche Vollzeitstelle bedingen.</p>

Fraktion	Nr.	Produkt- gruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschluss- entwürfe der Verwaltung
				<p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss:</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, im Hinblick auf die Haushaltssituation und die geplanten Investitionsmaßnahmen auf eine Erhöhung des pauschalen Erhaltungsaufwandes zu verzichten.</p>
				<p>22 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, UWG, B90/Grüne, LINKE, Breuer) 01 Stimme gegen den Beschluss (FDP)</p>
CDU	1	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	82	<p>Antrag: Überprüfung der Kennzahlen (Bruttogrundfläche)</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Bruttogrundfläche wird von der Verwaltung zurzeit überarbeitet und für die Beschreibung der Ziele und Kennzahlen angepasst.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
				<p>Einstimmig</p>
CDU	5	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	83	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlüsse bezüglich des U3-Ausbaus in Hemmerich und Dersdorf mit den entsprechenden Mitteln in den Haushaltsansätzen für die Jahre 2017 und 2018 zu berücksichtigen.</p>
				<p>Einstimmig</p>
CDU	7	1.01.15 Gebäude- wirtschaft	83	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die umgehende Fertigstellung der Baumaßnahme an den Jugend- und Gemeinschaftsräumen in Dersdorf sicherzustellen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Maßnahme wird derzeit umgesetzt.</p>

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
				<p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
				Einstimmig
CDU	3	1.01.15 Gebäudewirtschaft	88	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, anhand der Feststellung der tatsächlichen Flüchtlingszahlen zu prüfen, inwieweit die geplanten Investitionen in neue Flüchtlingsunterkünfte verhältnismäßig und ggfls. anzupassen sind.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Planung von Flüchtlingsunterkünften erfolgt in Abstimmung innerhalb der Verwaltung in Anpassung auf die zu erwartenden Flüchtlingszahlen. Die Planwerte sind im Änderungsprozess angepasst worden und aus heutiger Sicht zur Deckung des Bedarfes ausreichend (siehe investive Änderungsliste, Projekt 5.000159). Zur Errichtung von Übergangswohnheimen stehen im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 5,65 Mio. € zur Verfügung, in den Jahren 2018 und 2019 weitere 1,7 bzw. 1,0 Mio. € (siehe Projekt 5.000129, Seite 88). Diese Budgets dienen insgesamt zur Umsetzung des Investitionsbedarfs im Bereich der Flüchtlingsunterbringung. Für das Projekt 5.000435 auf S. 99 gibt es keine haushaltsrechtliche Festlegung auf einzelne Objekte; die Gebäude Brahmsstraße wurden exemplarisch aufgeführt.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beauftragt die Verwaltung bis Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die konkreten Planungen mit der Summe für Flüchtlingsunterkünfte nochmals vorzulegen.</p>
				Einstimmig
FDP	14	1.01.15 Gebäudewirtschaft	99	Antrag: Keine unkonkreten Platzhalter im Haushalt, komplette Position streichen

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
				<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die in den Jahren 2019 bis 2021 erforderlichen Investitionen werden pro Jahr als Sammelposition dargestellt, um zukünftige Finanzbedarfe, Abschreibungen und Zinsaufwendungen in der Fortschreibung der Ergebnis- und Finanzplanung bis 2021 abbilden zu können. Bei der Planbemessung wurden die Erfahrungswerte aus Vorjahren eingesetzt. Ein Verzicht auf diese Werte würde eine unvollständige Fortschreibung der Finanzplanung und des Haushaltssicherungskonzeptes zur Folge haben.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
				Einstimmig
CDU	4	1.01.15 Gebäudewirtschaft	99	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die eingesetzten Haushaltsmittel für den Ersatzbau der Unterkunft in der Brahmsstraße bereits im HH 2017/2018 einzuplanen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Zur Errichtung von Übergangwohnheimen stehen im Haushaltsjahr 2017 insgesamt 5,65 Mio. € zur Verfügung, in den Jahren 2018 und 2019 weitere 1,7 bzw. 1,0 Mio. € (siehe Projekt 5.000129, Seite 88). Diese Budgets dienen insgesamt zur Umsetzung des Investitionsbedarfs im Bereich der Flüchtlingsunterbringung. Für das Projekt 5.000435 auf S. 99 gibt es keine haushaltsrechtliche Festlegung auf einzelne Objekte; die Gebäude Brahmsstraße wurden exemplarisch aufgeführt.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
				Einstimmig
Grüne	11	1.09 Räumliche Planung und	240	<p>Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, für alle ab 2017 wirksam werdenden Bebauungspläne die "Kriterien zur Baulandentwicklung" (205/2010) zur Generierung von Einnahmen anzuwenden. Dies gilt nicht nur für die Veräußerung von städtischen Grundstücken (Ziffer 1), sondern insbeson-</p>

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
		Entwicklung		<p>dere für Ziffer 3 "ein partieller gemeindlicher Zwischenerwerb von einem Drittel der Flächen eine künftigen Baugebietes ist Zielsetzung". Zusätzlich soll eine Kosten-Nutzen Analyse erstellt werden.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die genannten Kriterien zur Baulandentwicklung sind bereits jetzt als auch künftig Zielsetzung. Der Erwerb von einem Drittel der Fläche ist abhängig von einer dementsprechenden Verfügbarkeit/ Verkaufsbereitschaft. Ein Erreichen der Zielsetzung könnte zukünftig auch verstärkt mittels Zusammenarbeit mit einem treuhänderischen Entwicklungsträger (vergl. Vorlage Nr. 979/2016-7) verfolgt werden.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
				Einstimmig
Grüne	23	1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	279	<p>Antrag: Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV: Für 2017 und 2018 werden jährlich 10 Mio. € im Haushaltsentwurf eingestellt. Erfahrungen zeigen, dass die eingestellten Mittel stets deutlich höher als die tatsächlich abgerufenen Mittel waren. Im Sinne einer transparenten und realistischen Haushaltsplanung wird der BM beauftragt, die im StEA erarbeitete Prioritätenliste verabschieden zu lassen und die benötigten Mittel anhand dieser Liste so aufzustellen, dass sie einer realistischen Machbarkeit entsprechen mit einem Kürzungsziel um ca. 0,5 Mio. €. Die Kriterien für Kürzungspotenziale dürfen dabei nicht zu Lasten von Barrierefreiheit (Bürgersteige) und Mobilität (Radwege) gehen und müssen die Erfordernisse eines ganzheitlichen Verkehrswegekonzeptes berücksichtigen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> In diesem Zusammenhang wird auf die Machbarkeitsdarstellung (siehe Vorlage Nr. 419/2016-9) hingewiesen. Darin wird u.a. dargelegt, dass in den vergangenen Jahren im investiven Bereich eigene Bauprojekte mit einem durchschnittlichen Investitionsvolumen von ca. 1,9 Mio. € betreut und realisiert werden. Die Leistungsfähigkeit zur Realisierung investiver Projekte liegt bei der vorhandenen Personalkonstellation und unter optimalen Bedingungen bei ca. 3,0 Mio. € pro Jahr.</p>

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
				Aus der Sicht der Verwaltung sollte die Veranschlagung im Haushalt diese Rahmenbedingungen berücksichtigen. Dazu dient auch die Diskussion zum Straßenbauprogramm. Ein höheres Volumen für Verkehrswege und –anlagen würde auch einen höheren Personaleinsatz erfordern.
CDU	10	1.12.02 Straßenbau	283	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, das jährliche Budget im Straßenausbau gemessen an der vorhandenen Personalkapazität auf 4.000.000 € jährlich festzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, halbjährlich Bericht in Bezug auf den aktuellen Stand des Straßenausbaus vorzulegen, um eine Steuerung anstehender Maßnahmen seitens der Politik vorzunehmen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Verwaltung hat keine Bedenken bezüglich der investiven Budgetierung von 4.000.000 € als jährlicher Maximalbetrag und der Berichterstattung über den Projektfortschritt in den Ratsgremien, verbunden mit dem Hinweis auf die Leistbarkeit investiver Projekte durch das vorhandene Personal und die entsprechende Darstellung in Sachverhalt und Kurzeinleitung der Vorlage 419/2016-9 (Straßenbauprogramm) . Zur Entzerrung und Erleichterung der Haushaltsberatungen beabsichtigt die Verwaltung künftig eine gestufte Verfahrensweise: 1. Budgetierung durch den Rat. 2. Beratung im Fachausschuss (StEA) über die Reihenfolge der Maßnahmen im Straßenbauprogramm innerhalb des vorgegebenen Budgets. Über die Berichterstattung im Fachausschuss ließe sich nachträglich, z.B. bei geänderten Rahmenbedingungen, eine bedarfsgerechte Projektentwicklung/-steuerung erreichen. Ziel: Möglichst vollständige Realisierung des jährlichen Investitionsbudgets.</p> <p>Die Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Fraktion werden zusammengefasst.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, das jährliche Budget im Straßenausbau, Verkehrsflächen und –anlagen und ÖPNV gemessen an der vorhandenen Personalkapazität auf 4.000.000 € jährlich festzusetzen und halbjährlich Bericht in Bezug auf den aktuellen Stand</p>

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
				des Straßenausbaus vorzulegen, um eine Steuerung anstehender Maßnahmen seitens der Politik vorzunehmen.
				Einstimmig
CDU	11	1.12.02 Straßenbau	284	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushaltsansätze für den Bau von Straßenlaternen um zehn zusätzliche Straßenlaternen für die Jahre 2017 ff. zu erhöhen.
				20 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD, UWG, LINKE, Breuer) 03 Stimmen gegen den Antrag (FDP, B90/Grüne)
UWG	2. 2	1.12.02 Straßenbau	285	<p>Antrag: Antrag auf Erstellung eines Konzeptes zur Parkraumbewirtschaftung</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Maßnahme wurde bereits unter Nr. 79 der Maßnahmenliste 2010 zur Haushaltskonsolidierung geführt. Gemäß der Maßnahmenbeschreibung sollte die Konzeption durch einen externen Verkehrsplaner erfolgen. Demzufolge ist die Auftragsvergabe 2013 an ein externes Ingenieurbüro erfolgt. Nachfolgend wurde ein Entwurfskonzept zur Parkraumbewirtschaftung erarbeitet, allerdings waren hierzu noch weitere Abstimmungen innerhalb der Verwaltung durchzuführen. Vom Ergebnis dieser Abstimmungen sind u.a. die Höhe der Investitionen, die Erträge, Folgekosten und der notwendige Ressourceneinsatz abhängig. Wegen größerer krankheitsbedingter Ausfälle der federführenden Abteilung sowie der Vielzahl der zu bearbeitenden Einzelmaßnahmen im Zusammenhang mit z. B. der Glasfaserkabelverlegung im Stadtgebiet und der vorrangigen Wahrnehmung verkehrssicherheitsrelevanter Aufgaben, konnte eine abschließende Bearbeitung bis zum geplanten Termin nicht verwirklicht werden. Dem Haupt- und Finanzausschuss wurde zuletzt mit Vorlage Nr. 61/2016-2 am 03.03.2016 über die Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen berichtet. Die Verwaltung wird im Haupt- und Finanzausschuss Überlegungen zum Parkraumbewirtschaftungskonzept vorstellen.</p> <p>Gleichlautender Antrag CDU-Fraktion mit Einrichtung eines Sperrvermerks für die Mittel.</p>

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
				<p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und richtet einen Sperrvermerk ein.</p>
				Einstimmig
CDU	21	1.12.02 Straßenbau	288	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbaumaßnahme Dorfplatz Hemmerich (nur Befestigung der Schotterfläche ohne Ausbau der Kreuzbergstraße) im Jahr 2018 wieder mit investiven Mitteln i.H. v. 110.000 € in das Straßenausbauprogramm aufzunehmen.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Verwaltung stuft die Maßnahme aus Sicht der Verkehrssicherheit sachlich mit nachrangiger Ausbaupriorität ein und empfiehlt, diese in den Folgejahren 2019 ff. darzustellen und im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kreuzbergstraße zu stellen.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt den Ausbau des Dorfplatzes Hemmerich im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kreuzbergstraße ab dem Jahr 2019 ff.</p>
				<p>12 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG, B90/Grüne, FDP, Breuer) 10 Stimmen gegen den Antrag (CDU) 01 Stimmenthaltung (LINKE)</p>
CDU	23	1.12.02 Straßenbau	288	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, ein Entwicklungskonzept für die Hauptstraße in Walberberg zu erstellen und entsprechende Mittel (30.000 Euro) einzuplanen. Hierzu soll zeitnah eine Auftaktveranstaltung im Rahmen eines Workshops mit den Anliegern durchgeführt werden.</p>
				Einstimmig
CDU	24	1.12.02 Straßenbau	288	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, für den Ausbau des Rüttersweges zwischen Friedenweg bis Ortseingang Rösberg investive Mittel für die Jahre 2018 ff. einzuplanen.</p>

Fraktion	Nr.	Produkt- gruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschluss- entwürfe der Verwaltung
				<p>Antrag der UWG/Forum-Fraktion den Ausbau zu erweitern von Broichgasse bis Weberstraße.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlussentwurf:</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die erforderlichen Haushaltsmittel für den Ausbau des Rüttersweges zwischen Broichgasse bis Weberstr. ab dem Jahr 2018 ff. einzuplanen.</p>
				Einstimmig
CDU	25	1.12.02 Straßenbau	288	<p>Antrag: Endausbau Wikinger Straße in die Folgejahre 2020 ff im Straßenausbauprogramm vorzusehen.</p>
				Einstimmig
SPD	2. 10	1.12.02 Straßenbau	288	<p>Antrag: Uedorfer Weg: Realisierung abhängig von Fördermitteln, Sperrvermerk?</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Die Verwaltung verweist in diesem Zusammenhang auf die zunehmende Bedeutung der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen verkehrswichtigen Straße, die Verkehrssicherheitserfordernisse (nicht ausgebaute Nebenanlagen, kein Rad-/Gehweg, mangelhafte Entwässerung der Straße und BAB-Unterführung usw.) sowie auf die mögliche Förderung der Gesamtmaßnahme hin. Aus der Sicht der Verwaltung ist eine Realisierung des Ausbaus aber nur zu finanzieren, wenn Fördermittel akquiriert werden können.</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, dass die Verwaltung die Akquirierung von Fördermitteln prüft und die notwendigen Voraussetzungen schafft.</p>
				Einstimmig

Fraktion	Nr.	Produkt- gruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschluss- entwürfe der Verwaltung
SPD	2. 12	1.12.02 Straßenbau	288	<p>Antrag: Wolfsgasse: Priorität 3</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Verwaltung hat keine Bedenken, die beantragte Darstellung als investive Straßenbaumaßnahme im Straßenbauprogramm aufzunehmen, dabei muss jedoch das personell leistbare Gesamtvolumen im Straßenbauprogramm berücksichtigt werden.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt folgende Veränderung im Straßenbauprogramm: Wolfsgasse: Priorität 3.</p>
				Einstimmig
Grüne	14	1.12.02 Straßenbau	296	<p>Antrag: Bahnhof Roisdorf, Park-and-ride-Anlage: Gemäß Beschlusslage soll nicht eine P&R Anlage gebaut werden, sondern eine Mobilstation, die eine P&R Anlage beinhalten kann. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Position entsprechend umzubenennen und sicherzustellen, dass die Planung entsprechend der Beschlusslage und der Ergebnisse als umfassende Mobilstation umgesetzt wird.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Das Projekt 5.000097 P&R-Anlage kann in "Mobilstation" umbenannt werden. Ansonsten wird auf die Beschlüsse in der Sache verwiesen. Aus der Sicht der Verwaltung sollte aber möglichst ergebnisoffen in die Bürgerwerkstatt gegangen werden.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, den Aspekt einer Mobilstation mit in die weiteren Planungen einzubeziehen.</p>
				Einstimmig

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
CDU	14	1.12.02 Straßenbau	299	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für den Ausbau des Feldchenwegs in die Jahre 2019 ff. zu verschieben.
				Einstimmig
CDU	15	1.12.02 Straßenbau	302	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für das Projekt 'Grünes C' und 'Masterplan' in die Produktgruppe 1.13 Natur und Landschaftspflege zu übertragen und somit aus dem Straßenausbauprogramm zu streichen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Maßnahmen "Masterplan Rheinaue" und "Grünes C" sind keine Projekte des Straßenbauprogrammes.</p> <p>Ein Teil der Umsetzung zum Masterplan Rheinaue, Grünes C und Folgeplanungen (inkl. möglicher Förderung) betrifft die (interkommunalen) Planungsaufgaben. Hierzu sind im Haushaltsentwurf bei der Produktgruppe 1.12.02 für die Jahre 2017 bis 2021 entsprechende Haushaltsmittel eingestellt, die dort auch verbleiben sollten.</p> <p>Die übrigen Aufgaben der Umsetzung des Masterplans durch Bauprojekte können aus Sicht der Verwaltung in der Produktgruppe 1.13.02 Natur und Landschaft gebündelt werden. In dieser Produktgruppe sieht der Haushaltsentwurf 2017/2018 der verkehrssichere Rückbau des Sportplatzes und die Umsetzung der Kompensationsmaßnahme „Areecon“ sowie die Weiterentwicklung der Herseler Rheinaue als Kompensationsfläche vor. Weitere investive Maßnahmen sind bisher nicht eingeplant.</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.</p>
				Einstimmig

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
FDP	29	1.12.02 Straßenbau	304	<p>Antrag: Sperrvermerk für die Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept bis eine konkrete Liste der umzusetzenden Einzelmaßnahmen aus dem zu bildenden Arbeitskreis vorliegt.</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Sollten kurzfristige Maßnahmen wie Markierungsarbeiten (z.B. im Kreuzungsbereichen), Freigaben der Einbahnstraßen und Abbau von Umlaufsperrern erforderlich werden, können diese unabhängig von einer Prioritätenliste aus dem laufenden Haushalt realisiert werden.</p> <p>Der Arbeitskreis zum Radverkehrskonzept soll in 2017 Prioritäten für die Umsetzung erarbeiten, die dem StEA und dem Rat als Beschlussempfehlung vorgelegt werden. Insofern erübrigt sich ein Sperrvermerk, da eine Beteiligung der zuständigen Ratsgremien vor einer Realisierung der Einzelmaßnahmen ohnehin vorgesehen ist.</p> <p>Antrag CDU-Fraktion Kürzung der Mittel in 2017 um 50.000 Euro und keinen Sperrvermerk Antrag SPD-Fraktion Kürzung der Mittel in 2017 um 50.000 Euro und Erhöhung des Ansatzes 2018 um 50.000 Euro</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung kürzt die Mittel in 2017 um 50.000 Euro und erhöht die Mittel in 2018 um 50.000 Euro.</p>
				Einstimmig
SPD	2. 9	1.12.02 Straßenbau	304	<p>Antrag: Radverkehrskonzept: Priorität 1</p> <p>Stellungnahme der Verwaltung: Entsprechend den im Straßenbauprogramm definierten Ausbauprioritäten 1 bis 3 wurde das Radverkehrskonzept in Priorität 3 eingeordnet. Es bestehen keine Bedenken, die im Arbeitskreis Radverkehrskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen der Priorität 1 zuzuordnen..</p> <p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beschließt, die im Arbeitskreis Radverkehrskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen der Priorität 1</p>

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
				zuzuordnen.
				21 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, UWG, B90/Grüne, Breuer) 01 Stimme gegen den Beschluss (FDP) 01 Stimmenthaltung (LINKE)
SPD	2. 5	1.12.02 Straßenbau	306	<p>Antrag: Heerweg (zwischen Waldorf und Hemmerich): Planung in 2017, Ausbau in 2018</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Die Verwaltung hat im laufenden Haushaltsjahr bereits mit der Planung dieses Abschnittes begonnen, sodass der dringend erforderliche Ausbau hier im Haushaltsjahr 2017 beginnen könnte. Zur Sicherstellung und Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit wurden in den vergangenen Jahren bereits Maßnahmen angeordnet (z.B. Geschwindigkeitsbeschränkungen, Gefahrstellenbeschilderungen, die den Nutzungseinschränkungen aufgrund des Ausbauszustandes entgegenwirken. Im Rahmen der Pflichtaufgabenerfüllung der Kommune (Verkehrssicherungspflicht) durch den Stadtbetrieb wurden zudem vermehrt Straßenunterhaltungsmaßnahmen (Gefahrenabwehr, Schlaglochbeseitigung, Bankettbefestigungen usw.) durchgeführt.</p> <p>Eine wirtschaftliche Straßenunterhaltung ist nicht mehr möglich. Ein kurzfristig beginnender, verkehrssicherer Ausbau dieses Abschnittes ist auch in Bezug auf die Minimierung der Haftungsrisiken dringend geboten. Bei weiterem Verfall der Substanzreste wäre eine Komplettsperre unvermeidlich.</p> <p>Die Maßnahme sollte unverändert im Straßenbauprogramm dargestellt bleiben.</p>
CDU	16	1.12.02 Straßenbau	306	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, den Ausbau des Heerwegs von Rankenberg bis Heiderbergstraße mit dem Ausbau von Brenig bis Waldorf als eine Maßnahme zusammenzufassen und abschnittsweise auszubauen. Hierfür soll jährlich von 2017 bis 2021 160.000 € zur Verfügung gestellt werden.</p>

Fraktion	Nr.	Produkt- gruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschluss- entwürfe der Verwaltung
				<p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u></p> <p>Für den Heerweg ist im Straßenbauprogramm ein stufenweiser Ausbau vorgesehen. Die Gesamtstrecke Heerweg (Rankenberg bis Heiderbergstraße, Straßenbauprogramm 2015-2019) unterteilt sich in den Planungsbereich 'Heerweg (Brenig bis Waldorf)' Projekt 5.000396 auf Seite 327 sowie den abgekoppelten außerörtlichen Bereich, für den dringender Ausbaubedarf aus Sicht der Verkehrssicherheit besteht, 'Heerweg (Waldorf bis Hemmerich, außerorts) ist unter Projekt 5.000319 auf Seite 306 dargestellt.</p> <p>Bei einer Mittelbereitstellung in Höhe von 160.000 Euro jährlich kann kein Ausbau erfolgen, da die Gesamtkosten der Ausbaumaßnahme Heerweg auf ca. 5. Mio. Euro (siehe Straßenbauprogramm 2015 -2019) geschätzt werden.</p> <p>Die Verwaltung hat keine Bedenken, die beiden Projekte mit einem gemeinsamen Haushaltsansatz im Straßenbauprogramm unter einer Projektnummer mit neuer Bezeichnung 'Heerweg (Brenig bis Hemmerich) als Gesamtmaßnahme zusammenzuführen.</p> <p>Die Anträge werden zusammengefasst.</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschlussentwurf:</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, den Ausbau des Heerwegs von Rankenberg bis Heiderbergstraße mit dem Ausbau von Brenig bis Waldorf als eine Maßnahme zusammenzufassen und den Ausbau in Abschnitten bis 2021 zu strecken, beginnend ab 2017.</p>
				Einstimmig

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
FDP	31	1.12.02 Straßenbau	307	<p>Antrag: Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg ist grundsätzlich möglich, die mit einem gemeinsamen Ausbau verbundenen Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau gehen bei einer Trennung verloren.</p>
CDU	17	1.12.02 Straßenbau	307	<p>Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausbaumaßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg voneinander getrennt zu behandeln und den Ausbau des Donnersteins zurückzustellen. Der Oberdorfer Weg soll hingegen ausgebaut werden und mit gleichmäßigen investiven Mitteln von 2017 bis 2021 versehen werden.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg ist grundsätzlich möglich, die mit einem gemeinsamen Ausbau verbundenen Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau gehen bei einer Trennung verloren.</p> <p>Die gleichmäßige Verteilung der investiven Mittel zur Projektfinanzierung ist aus haushaltstechnischen Gründen nicht möglich, da eine Kostendeckung der einzugehenden Verbindlichkeiten (z. B. Bauauftrag) in voller Höhe vorhanden sein muss.</p>
DIE LINKE	12	1.12.02 Straßenbau	307	<p>Antrag: Trennung der Ausbaumaßnahme Donnerstein/ Oberdorfer Weg unter gleichzeitiger Zurückstellung des Ausbaus des Donnersteins.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg ist grundsätzlich möglich, die mit einem gemeinsamen Ausbau verbundenen Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau gehen bei einer Trennung verloren</p>

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
SPD	2. 2	1.12.02 Straßenbau	307	<p>Antrag: Donnerstein, Oberdorfer Weg: Kein Ausbau des Donnerstein, Reduzierung der Mittel um 300.000 €</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Eine Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg ist grundsätzlich möglich, die mit einem gemeinsamen Ausbau verbundenen Synergieeffekte durch gemeinsamen Kanal- und Straßenbau gehen bei einer Trennung verloren</p>
Grüne	15	1.12.02 Straßenbau	307	<p>Antrag: Donnerstein und Oberdorfer Weg: Der BM wird beauftragt, diese Position zu streichen und die gestrichenen Kosten für die Gegenfinanzierung des Bürgeradwegs zu nutzen.</p> <p><u>Stellungnahme der Verwaltung:</u> Auf die vorherigen Stellungnahmen zur Trennung der beiden Maßnahmen wird verwiesen. Der Antrag wirkt auf eine bereits angelaufene Maßnahme. Der Verzicht auf die Gesamtmaßnahme stünde im Widerspruch zum derzeit wirksamen Straßenbauprogramm und stellt die Zielsetzung des Straßenbauprogramms grundsätzlich in Frage. Die Verwaltung weist in diesem Zusammenhang auf den Fortbestand erheblicher Mängel im Verkehrsraum (Oberflächenentwässerung, Beleuchtung, Trennung Fahrbahn, Gehweg usw.) insbesondere zu Lasten der schwächeren Verkehrsteilnehmer sowie die weitere Verstärkung des Sanierungsstaus Bornheimer Straßen hin. Neben dem Verlust der Synergieeffekte bei gemeinsamem Kanal- und Straßenbau würde auch Refinanzierung der bisher entstandenen Kosten für Vermessung, Planung und Gutachten durch Anliegerbeiträge entfallen. Im Übrigen ist der finanzielle Rahmen und die zeitliche Perspektive einer Förderung des ehemaligen Bürgeradweges unklar.</p> <p>Die Anträge werden zusammengefasst.</p>

Fraktion	Nr.	Produktgruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschlussentwürfe der Verwaltung
				<p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt die Trennung der Maßnahme Donnerstein und Oberdorfer Weg, stellt die Anträge bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zurück und beauftragt den Bürgermeister, die Reduzierung der Kosten durch den Nichtausbau des Donnersteins darzustellen und eine Stellungnahme vom SBB bezüglich der Notwendigkeit des Kanalausbaus vorzulegen.</p>
				Einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (B90/Grüne tw.)
SPD	2. 8	1.12.02 Straßenbau	309	Antrag: Kreisverkehr Bonner Straße/Siegesstraße: Verschiebung in Folgejahre, Planung 2020, Ausbau 2021, neue Verkehrszählung nach voller Funktionstüchtigkeit des Einkaufszentrums.
				11 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG, B90/Grüne, LINKE) 10 Stimmen gegen den Antrag (CDU) 02 Stimmenthaltungen (FDP, Breuer)
CDU	19	1.12.02 Straßenbau	321	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für den Ausbau der Burgstraße in die Jahre 2019 ff. zu verschieben.
SPD	2. 1	1.12.02 Straßenbau	321	Antrag: Burgstraße: Verschiebung in die Folgejahre, Planung 2020, Ausbau 2021 Die Anträge werden zusammengefasst.
				<p>Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und beauftragt die Verwaltung, den Straßenausbau "Burgstraße" ab dem Jahr 2020 ff. vorzunehmen.</p>
				Einstimmig

Fraktion	Nr.	Produkt- gruppe	Seite im HPI	Inhalt (Anfrage, Antrag), Erläuterungen, Antworten und Stellungnahmen sowie Beschluss- entwürfe der Verwaltung
FDP	35	1.12.02 Straßenbau	325	Antrag: Maßnahme Parkplatz Bonner Straße streichen
CDU	20	1.12.02 Straßenbau	325	Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, die investiven Mittel für den Bau des Parkplatzes Bonner Straße ersatzlos zu streichen.
DIE LINKE	14	1.12.02 Straßenbau	325	Antrag: Streichung der Mittel Parkplatz Bonner Str.
SPD	2. 7	1.12.02 Straßenbau	325	Antrag: Parkplatz Bonner Straße: Planung in 2021 Die Anträge werden zusammengefasst. Beschluss: Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt auf Antrag aller Fraktionen, die Maßnahme Parkplatz Bonner Straße im Ausbauprogramm zu streichen, aber die Thematik im Rahmen der Bürgerwerkstatt zu behandeln.
				Einstimmig
CDU	37	1.12.04 ÖPNV	337 f.	Antrag: Der Bürgermeister wird beauftragt, Planungskosten für den barrierefreien Ausbau der Haltestellen Hersel, Uedorf und Widdig in Höhe von 90.000 € mit Sperrvermerk einzuplanen.
				Einstimmig

Auf Antrag der CDU-Fraktion, wird das Projekt Rathuserweiterung in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vertagt.

9	Mitteilung betr. Bauantrag zur Errichtung eines Stellrechnergebäudes	011/2017-6
----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

10	Mitteilung betr. Bauantrag zur Errichtung eines Regenwassersammelbeckens	013/2017-6
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

11	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	050/2017-1
-----------	---	-------------------

Keine.

12	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

Keine.

Auf den nicht öffentlichen Teil der Sitzung wird verzichtet.

Ende der Sitzung: 22:20 Uhr

gez. Hans-Dieter Wirtz
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung